

Was macht eigentlich Atilay Ileri?



«Ich habe schon lange keine juristische Literatur mehr gelesen», gesteht Atilay Ileri, 81. Der Zürcher Anwalt spezialisierte sich schon ab den 1970er-Jahren als Geschädigtenvertreter im Haftpflichtrecht, inklusive Arzthaftung. Er war Mitbegründer der schweizerischen Patientenstelle sowie der Anlaufstelle Fragile Suisse.

Heute frönt Ileri einer anderen Hauptbeschäftigung: dem Olivenöl. Vor Jahrzehnten absolvierte er an der Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften eine Ausbildung zum Sensoriker und kaufte im türkischen Ephesos einen Olivenhain. Er bewirtschaftet seither rund 70 Hektar Land mit 20 000 Bäumen.

Ileri machte die Erfahrung, dass Händler «gutes Olivenöl verschmähen». Die Massenware aus dem Supermarkt könne trotz Deklaration gar nicht «extra vergine» sein, also aus der ersten, kaltgepressten Ernte stammen. Doch im Labor könne man der «Olivenöl-Mafia» nichts nachweisen. Man schmecke den Unterschied zu echtem «extra vergine» nur im Gaumen. «Extra vergine»-Öl müsse zuerst wie frisch geschnittenes Gras riechen, dann im Gaumen eine harmonische Bitterkeit hinterlassen und zum Schluss im Hals eine angenehme Schärfe verbreiten.

In der Schweiz trifft sich Ileri immer noch regelmässig mit alten Kollegen und setzt sich weiterhin mit der Juristerei auseinander. «Die Arbeit der Geschädigtenanwälte ist heute nicht mehr dieselbe.» Früher habe man mit den Versicherungen noch faire Vergleiche erzielen können, erinnert er sich: «Doch Versicherungen sind viel härter geworden.» Die Zivilprozessordnung habe aufseiten der Geschädigten für abschreckend hohe Vorschüsse gesorgt. Und bis zu einem Urteil dauere es 20 Jahre. «Die Gerichte unterstützen diese Zermürbungstaktik noch», kritisiert Ileri. Auch daher geniesse er lieber das Leben mit seiner Familie. Ein Vierteljahr verbringt er in Ephesos, den Rest in Zürich und im bündnerischen Obersaxen.

kk

Gewählt



Der Baselbieter Landrat wählte **Lea Hungerbühler** (Grüne) in stiller Wahl zur nebenamtlichen Richterin und gleichzeitig

zur Vizepräsidentin der Abteilung Strafrecht am Kantonsgericht. Hungerbühler war bisher Vizepräsidentin am Strafgericht in Muttenz. Sie ist Partnerin einer Anwaltskanzlei in Zürich sowie Gründerin und Präsidentin der Organisation Asyllex.



Der Grosse Rat des Kantons Thurgau wählte im Oktober **Silvia Helg** (SP) als Ersatzmitglied des Verwaltungsgerichts.



Der Zürcher Kantonsrat besetzte im November acht neue Vollzeitstellen am Obergericht. Gewählt wurden



Robert Amsler (Bild oben) und **Rok Bezgovsek** (beide SP), **Eva Borla-Geier** (FDP), **Benedikt Hoffmann** (Bild unten),

Gewählt? Geehrt? Ein bemerkenswertes Zitat?

Die Redaktion freut sich über Personalnachrichten und jede Art von Hinweisen.

Zusendung an:
Redaktion *plädoyer*,
Postfach, 8024 Zürich
redaktion@plaedoyer.ch



Klaus Philipp, **Maya Knüsel** (alle SVP), **Martin Rauber** (FDP) sowie

Klaus Vogel (Bild, GLP).



Weiter wählte der Zürcher Kantonsrat **Josua Raster** (EVP) als neues Mitglied des

Verwaltungsgerichts mit einem 50-Prozent-Pensum sowie **Rudolf Dürst** als neues Mitglied des Handelsgerichts.



Am 22. Oktober wurde **Christian Keppler** (FDP) von den Stimmberechtigten des Bezirks

Aarau im zweiten Wahlgang mit 8867 Stimmen zum neuen Bezirksrichter gewählt. Er setzte sich gegen Michael Ganz (GLP, 7774 Stimmen) und Sandy Ambil (parteilos, 5709 Stimmen) durch.



Clemens Brunner (parteilos) wurde von den Stimmberechtigten zum neuen Präsidenten des Bezirksgerichts Zofingen

AG gewählt. Er setzte sich mit 10012 Stimmen gegen Louis Fehlmann (SVP, 7008 Stimmen) durch.



Der Baselbieter Landrat wählte **Sandro Jaisli** zum Einzelrichter für Zwangsmass-

nahmen im Ausländerrecht. An der gleichen Sitzung wählte der Landrat **Kathrin Gürtler** (FDP) in stiller Wahl zur Vizepräsidentin am Zivilkreisgericht Basel-Landschaft.



Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt wählte im November **Philip Vlahos** (SP) zum nebenamtlichen Richter am Strafgericht Basel.

Im Oktober wählte der Grosse Rat des Kantons Freiburg **Stephan Schick** neu als Beisitzer am Bezirksgericht Sense.



Simona Schawalder (Mitte) wurde im September in stiller Wahl als hauptamtliche Richterin ans Kreisgericht Rheintal SG gewählt. Sie folgt auf Ariane Soldati-Dumur (SP).



Ende Oktober wurde **Patrick Blumer** (FDP) im Bezirk Andelfingen ZH im zweiten Wahlgang zum Teilzeitrichter (20-Prozent-Pensum) am Bezirksgericht gewählt.



Katja Heidelberger (FDP) wurde in stiller Wahl zur neuen Zuger Kantonsrichterin gewählt. Sie folgt auf Werner Staub (FDP), der Ende Februar 2024 zurücktritt.

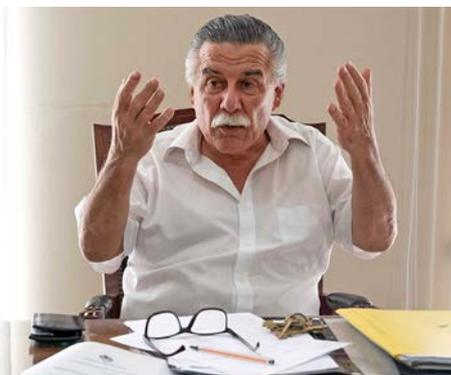
Geehrt



Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität Zürich vergab den Ehrendokortitel dieses Jahr nicht an eine Juristin oder einen Juristen. Der Titel ging an **Linda Graedel**. Die 82-jährige war 30 Jahre lang als Gerichtszeichnerin für das Schweizer Fernsehen und diverse Zeitungen tätig. Die gebürtige Kalifornierin besuchte die Kunstschule in Los Angeles und zog später in die Schweiz. Ihre Zeichnungen prägten die Wahrnehmung der Justiz in der Öffentlichkeit.

Eingesperrt: Menschenrechtsanwalt Alberto Nallar, Argentinien

AMNESTY INTERNATIONAL GABRIELA ROTTARIS



Mitte Juni brachten in der nordargentinischen Provinz Jujuy Demonstranten ihren Unmut über eine umstrittene Verfassungsreform zum Ausdruck. Menschenrechtsanwalt Alberto Nallar spielte bei den Protesten eine aktive Rolle. Seither wird er kriminalisiert: Am 13. Juli wurde er festgenommen. Drei Monate später, am 24. Oktober, verurteilte ihn das Strafgericht von Jujuy wegen «Aufwiegelung zu Verbrechen, gemeinschaftlicher Gewalt und Revolte» zu dreieinhalb Jahren Haft. Der Straftatbestand wird in Argentinien häufig angewandt, um Menschen zu kriminalisieren, die ihr Recht auf sozialen Protest wahrnehmen. Nallars Vermögen wurde zudem gepfändet und er wurde mit einem Berufsverbot belegt. Alberto Nallar wird gegen dieses Urteil Berufung einlegen.

Nallar vertritt als Menschenrechtsanwalt unter anderem die Interessen der indigenen Gemeinschaft Caspalá. Diese kritisiert die Pläne der Provinzregierung unter Gouverneur Gerardo Morales, eine Verfassungsreform ohne Vernehmlassung durchführen zu wollen. Die Reform ist umstritten, weil sie Bestimmungen zur Kriminalisierung von sozialen Protesten vorsieht und weil sie multinationalen Unternehmen durch die Einführung eines erleichterten Verfahrens Zugang zur Ausbeutung von indigenem Land geben würde.

Die Verurteilung des Menschenrechtsanwalts Alberto Nallar ist eine unangemessene Repressalie für die friedliche Teilnahme an einem Protest. Die Kriminalisierung ist auch deshalb sehr beunruhigend, weil sie eine abschreckende Wirkung auf die Wahrnehmung des Rechts auf freie Meinungsäußerung und Versammlungsfreiheit hat. Amnesty International fordert, dass die Regierung die Kriminalisierung von Nallar und anderen Verteidigerinnen und Verteidigern von Menschenrechten in der Provinz unverzüglich einstellt.

Lisa Salza, Amnesty International Schweiz